
Newsletter Mai 2022

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen und Berichte aus dem NS-Dokumentationszentrum.....	S. 2
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 6
Neu in der Bibliothek.....	S. 13
Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus.....	S. 15
Bildnachweise und Impressum.....	S. 17

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Unterstützer*innen und Interessierte,

am 8. Mai steht der Jahrestag vor der Tür, an dem Deutschland 1945 bedingungslos kapitulierte. Während es in früheren Jahren noch heftige Auseinandersetzungen um die Deutungen dieses Tages gab, ist heute mehr oder weniger gesellschaftlicher Konsens, was Richard von Weizsäcker 1985 zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa gesagt hatte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“

In Russland wird der Sieg der Sowjetunion über Nazi-Deutschland am 9. Mai gefeiert. Es ist davon auszugehen, dass Präsident Putin bis zu diesem Tag Ergebnisse des Angriffskriegs gegen die Ukraine sehen will, rechtzeitig zur jährlichen Militärparade auf dem Roten Platz. Der Überfall auf die Ukraine sei als „Zwei-Tage-Krieg“ geplant gewesen und deswegen jetzt schon ein „PR-Desaster“, sagte Jörg Morré gegenüber dem Deutschlandfunk. Der „Schutz vor den Faschisten“ sei in Russland in den vergangenen 15 Jahren propagandistisch so stark ins öffentliche Denken implementiert worden, dass man daran „quasi grenzenlos anknüpfen“ könne, so der Direktor des Museums Berlin-Karlshorst. Hier war 1945 die Kapitulationsurkunde von den Oberbefehlshabern der Wehrmacht unterzeichnet worden. Der Überfall auf die Ukraine wie auch der Kampf um Städte wie Mariupol war von russischer Seite immer wieder mit einem Kampf gegen ein faschistisches oder neonazistisches Regime begründet worden.

Für den 8. Mai ist im Raum Köln-Bonn übrigens ein weiterer pro-russischer Autokorso geplant – ähnlich der Aktion am 27. März. Weitere Informationen dazu auf S.15 und 16.

Und noch ein Hinweis zu diesem Thema: Am Empfang des NS-Dokumentationszentrums steht eine Spendenbox, in der die „Projektgruppe Messelager“ im Verein EL-DE-Haus e.V. Geld für ehemalige NS-Zwangsarbeiter*innen aus der Ukraine sammelt. (S. 5)

Am 15. Mai stehen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen an. Gehen Sie wählen und setzen Sie ein Zeichen für Demokratie; gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Alle Informationen zur Wahl finden Sie auf der Website der Stadt Köln unter: <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/wahlen/landtag/>

Neben dem Relaunch der Website [mbr-koeln.de](https://www.mbr-koeln.de) hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln (MBR) nun auch eine neue E-Mail-Adresse. Sie können die Kolleg*innen der Mobilien Beratung künftig erreichen unter: mbr@stadt-koeln.de

Die ibs ist nun auch bei Instagram vertreten: [instagram.com/ibs_koeln/](https://www.instagram.com/ibs_koeln/) Dieser Account soll vor allem die Bildungs- und Beratungsarbeit der zwei Teams der MBR und der Fachstelle m² begleiten. Teilnehmende an Bildungsveranstaltungen und Beratungsnehmende finden hier Beiträge und Posts, die bei der weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema unterstützen.

Ich hoffe, Sie finden in dieser Ausgabe des Newsletters interessante Informationen und bedanke mich ganz herzlich bei allen, die bei dieser Ausgabe des Newsletters unterstützt haben.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Für den Besuch einer Veranstaltung im NS-Dokumentationszentrum entfällt der 3G-Nachweis. Die Maskenpflicht bleibt im Rahmen des Hausrechtes – wie in allen Kölner Museen – bis auf Weiteres bestehen. Eine Anmeldung ist in den meisten Fällen aus organisatorischen Gründen erforderlich.

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Führungen im EL-DE-Haus im Mai 2022



Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapogefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen

zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus. Im Rahmen dieser Veranstaltung erhalten Sie einen Einblick in die Geschichte des Hauses und der Gedenkstätte. Darüber hinaus werden ausgewählte Aspekte der Stadtgeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus erläutert.

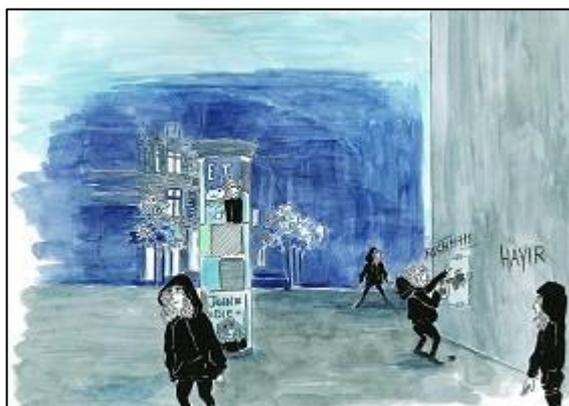
Führungen finden statt am 5., 7., 13. (englischsprachig) und 14. (für Familien) Mai 2022. Bitte informieren Sie sich über Zeiten, Eintrittspreise und Anmeldemodalitäten unter: www.nsdok.de

Geschichte im Comic

Podiumsdiskussion, Dienstag, 3. Mai 2022, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Von „Maus“ über „Persepolis“ bis hin zu „Beate und Serge Klarsfeld – Die Nazijäger“ – schon längst sind historische Themen nicht mehr aus Graphic Novels und Comics wegzudenken. Mit Illustrationen, Dialogen und Einblicken in die Gedankenwelt der Protagonist*innen werden komplexe Zusammenhänge anschaulich für unterschiedliche Altersgruppen gemacht und regen zum weiteren Eintauchen in die Geschichte(n) an. Erlebnisse und Berichte aus der Zeit des Nationalsozialismus werden vermehrt als Comic erzählt und entwickeln sich zum eigenen Vermittlungsgenre.

Am 3. Mai 2022 um 19 Uhr lädt das NS-DOK zum Podiumsgespräch „Geschichte im Comic“ mit Dr. Kim Wünschmann (Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg), Jun.-Prof. Dr. Christine Gundermann (Public History, Universität zu Köln) und Būke Schwarz (Illustratorin, Herausgeberin des Co-



mics „Jein“) ein. Die Moderation der Veranstaltung übernimmt Dr. Annemone Christians-Bernsee, kommissarische Direktorin des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln.

Teilnahme: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Anmeldung unter: nsdok@stadt-koeln.de

Menschen und ihre Geschichten in den Kölner Stadtvierteln während der NS-Zeit Online-Führung, Dienstag, 10. Mai 2022, 18 Uhr



Besuchen Sie in dieser digitalen Exkursion quer durch Köln die Stadtviertel zwischen Ehrenfeld und Rath, zwischen Nippes und Sülz - und erfahren Sie mehr über die GeschichteN der Veedel und die Menschen, die dort lebten.

Besuchen Sie in dieser digitalen Exkursion quer durch Köln die Stadtviertel zwischen Ehrenfeld und Rath, zwischen Nippes und Sülz - und erfahren Sie mehr über die GeschichteN der Veedel und die Menschen, die dort lebten.

Andrea Völcker stellt Ihnen in diesem multimedialen Stadtrundgang Zeitzeug:innen und ihre GeschichteN vor, die individuelle Einblicke in das Leben von den 1920er bis in die 1940er Jahre bieten - die aber auch die ausgewählten Kölner Veedel darstellen: den Alltag, das Leben auf den Straßen und die Veränderungen des Stadtbildes im Laufe der Jahre.

Anmeldung bis zum 08.05.2022 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=38862&inst=14

Geschichte begreifen im Kölner EL-DE-Haus Führung für sehbehinderte und blinde Menschen, Dienstag, 17. Mai 2022, 15.30 Uhr, EL-DE-Haus

Erfahren Sie während des Rundgangs mit Heike Rentrop durch die Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“ und die Gedenkstätte Gestapogefängnis mehr über die Geschichte des EL-DE-Hauses und die NS-Zeit in Köln – erstmals erzählt auf eine ganz neue Art und Weise: Anhand verschiedener Exponate wird die Vergangenheit tastend erfahrbar und die Geschichte im Wortsinne begriffen. Die Veranstaltung richtet sich an sehbehinderte und blinde Menschen, deren Bedürfnissen wir mit diesem eigens für diese Zielgruppe entwickelten Format entsprechen möchten.

Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt auf acht sehbehinderte und blinde Besucher*innen plus

Begleitung. Bitte melden Sie sich an und geben Sie bei der Buchung an, ob sie mit Begleitung kommen.

Treffpunkt: Foyer EL-DE-Haus

Teilnahme: kostenlos (zzgl. Eintritt)

Anmeldung bis:
12.05.2022 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=38581&inst=14



Zwischen Verdrängen und Verantwortung Exkursion zu Mahn- und Erinnerungsorten in der Innenstadt, Sonntag, 22. Mai 2022, 16 Uhr

An die Zeit des Nationalsozialismus wird heute in vielfältiger Weise erinnert: Im öffentlichen Raum und der Medienlandschaft, in Schule, Politik und gesellschaftlichen Diskursen wird der Opfer dieser Zeit gedacht. Diese Gedenk- und Erinnerungskultur hat ihrerseits aber eine wechselvolle, oft umstrittene Geschichte. Ausgehend vom EL-DE-Haus und der Gedenkstätte Gestapogefängnis erkunden Sie Erinnerungsstätten im näheren Stadtraum: Anhand von Denkmä-

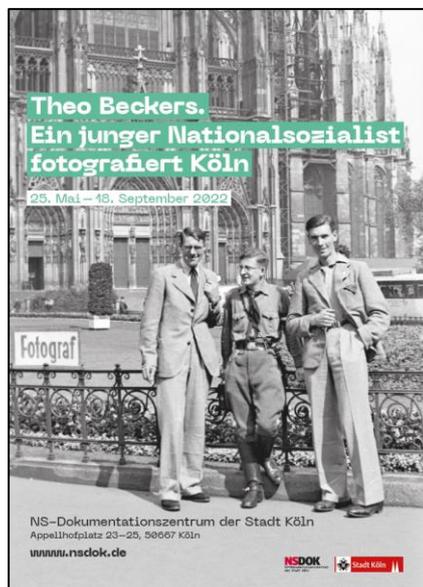
lern, den Stolpersteinen oder neueren Mahnmalen werden die verschiedenen Formen und Ausdrücke der öffentlichen Erinnerungskultur in Köln erläutert.

Teilnahme: kostenfrei (zzgl. Eintritt „Kurzbesuch“ Gedenkstätte)

Treffpunkt: vor dem EL-DE-Haus

Anmeldung bis zum 17.05. unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=37615&inst=14

Theo Beckers. Ein junger Nationalsozialist fotografiert Köln Ausstellungseröffnung, Dienstag, 24. Mai 2022, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Mit der Kamera in der Hand zieht der junge Theo Beckers in den 1930er Jahren durch Köln: Er fotografiert Familienfeiern, Ausflüge, HJ-Fahrten, die Haustiere, sein Zimmer, Karnevalsumzüge, Kirchenfeste und Prozessionen, politische Aufmärsche, Freund*innen und Bekannte. Allein in den ers-

ten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft macht er mehrere tausend Aufnahmen, die Einblick in die Bildwelt eines jungen Amateurfotografen und lokalen HJ-Funktionärs geben.

Theo Beckers wird im August 1914 in eine bürgerliche Kölner Familie geboren. 1934 beendet er seine Schulzeit am Realgymnasium in Köln-Deutz. Da ihn die Bonner Hochschule für Lehrerbildung ablehnt, wird er nicht Lehrer, sondern

macht eine Ausbildung zum Zahntechniker. Im Mai 1933 tritt Theo Beckers in die Hitlerjugend ein, für die er bald auch Ämter übernimmt. Mitglied in der NSDAP wird er nicht. Mit Eltern und Schwester teilt Theo Beckers eine enge Bindung an die katholische Kirche.

Die Ausstellung lädt zum Hinschauen, Entdecken und Nachdenken ein: Wie sah Theo Beckers seinen Alltag und die Stadt, in der er lebte? Zu welchem Bild von ihm und seinem Leben setzen sich die Aufnahmen zusammen? Prägte sein Engagement für den Nationalsozialismus auch seine Fotografien? Wie passen sie zu den Vorstellungen, die wir uns vom Leben in der NS-Diktatur machen?

Beiträge zur Eröffnung von Dr. Hanne Leßau, NS-Dokumentationszentrum und Prof. Dr. Jens Jäger, Universität zu Köln. Um Anmeldung wird gebeten unter: nsdok@stadt-koeln.de

Die Ausstellung ist bis zum 18. September 2022 im NS-Dokumentationszentrum zu sehen.

Führungen mit Kuratorin Dr. Hanne Leßau:

So, 05.06.2022, 16 Uhr
So, 03.07.2022, 11 Uhr
Do, 04.08.2022, 20 Uhr
So, 18.09.2022, 15 Uhr

Bi_PoC Schreibwerkstatt

Online, Sonntag, 29. Mai 2022, 13 Uhr

Magst du kreatives Schreiben? Ob du schon länger schreibst oder gerade erst anfängst ist unwichtig – ihr seid alle herzlich willkommen. Wir möchten im SAFER SPACE (möglichst sicherer Raum) gemeinsam ins Schreiben kommen, uns darüber austauschen und einander inspirieren. Mit verschiedenen Schreibübungen werde euch Impulse, Ideen und mögliche Themen gegeben, anhand derer ihr ins Schreiben kommen könnt. Was ihr daraus macht ist euch überlassen – eurer Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt.

Dieser Raum ist nur für Menschen gedacht, die von Rassismus betroffen sind, sprich Bi_PoC, migrantisierte und rassifizierte Menschen.

Der Workshop findet online statt und wird von Reezy Reez (IG: @reezyreez) durchgeführt. Es können maximal 12 Personen teilnehmen.

Anmeldung per Mail an:
felicia.koettler@stadt-koeln.de

Eine Veranstaltung der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK (ibs)

Jüdisches Leben in Köln – Rund um den Rathenauplatz

Exkursion, Sonntag, 29. Mai 2022, 15 Uhr, Köln-Innenstadt



Entdecken Sie das jüdische Köln rund um den Rathenauplatz: die beeindruckende Synagoge der orthodoxen Gemeinde und die vielen ehemaligen Stätten der reichhaltigen jüdischen

Geschichte Kölns. (Eine Besichtigung des Innenraumes der Synagoge findet in diesem Rahmen nicht statt.)

Mit: Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: vor der Synagoge Roonstraße

Teilnahme: 6 Euro

Anmeldung bis 24.05.2022 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=37400&inst=14

Portale, 360-Grad-Rundgang und Recherche: Das NS-DOK in der digitalen Welt Online-Fortbildung, Donnerstag, 2. Juni 2022, 16 Uhr

Das NS-DOK hat in den letzten Jahren eine umfangreiche digitale Struktur aufgebaut, um seine Inhalte und Themen auch im WorldWideWeb zu präsentieren: Längst findet sich die Dauerausstellung auch im virtuellen Raum. Mit „Didaktik Digital“ werden im 360-Grad-Rundgang zudem museumspädagogische Zugänge für die interaktive Nutzung im Unterricht angeboten. Portale wie „Erlebte Geschichte“ oder „Jugend 1918 - 1945“ präsentieren umfangreiches Material und vielfältige Recherchemöglichkeiten.

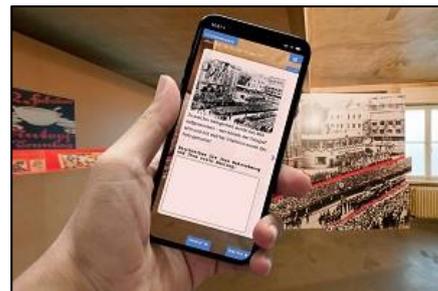
Lernen Sie in diesen Veranstaltungen auch neueste Entwicklungen wie die Web-App zur Erkundung des Stadtraumes kennen, erhalten Sie Tipps und Hinweise zu deren Nutzung speziell im Unterricht und bei der schulischen Projektarbeit. Tauschen Sie sich mit dem zuständigen

Referenten über die digitalen Perspektiven in der Bildungs- und Vermittlungsarbeit aus.

Stufe: Sek. I, Sek II, BK; Fächer: Geschichte, Sozialwissenschaften, Politik, Deutsch

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung bis 31.05.2022 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=38514&inst=14



Spenden für ehemalige Zwangsarbeiter*innen

Am Empfang des NS-Dokumentationszentrums steht eine Spendenbox, in der die „Projektgruppe Messelager“ im Verein EL-DE-Haus e.V. Geld für ehemalige NS-Zwangsarbeiter*innen aus der Ukraine sammelt. Diese Menschen leiden gerade im hohen Alter zum zweiten Mal unter den Gräueln eines Krieges. Wir danken im Voraus für Ihre und Eure Spenden!

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

Wie der Tweet über eine Antisemitismuserfahrung einen Shitstorm nach sich zog Eine Fallstudie der Kölner Meldestelle für antisemitische Vorfälle



Im Sommer 2021 wird Simon während einer Zugfahrt antisemitisch angefeindet. Auf Twitter schildert er den Vorfall und gerät in einen (regel-)rechten Shitstorm. Der Bericht zeichnet nach, mit welchen problematischen Aussagen Simon konfrontiert wird und welche Muster sich in den Reaktionen erkennen lassen. Im Anschluss geht es vor allem darum, wie Simon die Situation erlebt hat und was er aus der Erfahrung ableitet.

Abschließend werden der Forschungsstand zu Antisemitismus und sozialen Medien angerissen sowie das Bedrohungspotenzial dargestellt und der Frage nachgegangen, welche Schlüsse sich aus Simons exemplarischem Fall für die Situation in Deutschland lebender Jüdinnen*Juden und ihre Präsenz in sozialen Netzwerken ziehen lassen. Die Broschüre soll dabei helfen, anhand eines Fallbeispiels die Dimensionen antisemitischer Hetze im Netz besser einschätzen zu können. Sie kann – zusammen mit anderen Veröffentlichungen zum Thema – eine Basis für Handlungsstrategien bilden.

Der Bericht der Kölner Meldestelle für antisemitische Vorfälle bei der Fachstelle [m?], mit Illustrationen von Mathis Eckelmann, steht hier kostenfrei als PDF zum Download zur Verfügung: <https://antisemitismus-melden.koeln/wp-content/uploads/2022/04/Fallstudie-Antisemitismus-auf-Twitter.-Meldestelle-m%C2%B2.pdf>

Antifeminismus erkennen und begegnen

Interview mit dem Projekt Spotlight

Ein Interview der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln (MBR Köln) mit Julia Haas (Projektverantwortliche) und Sina Feldkamp (Mitarbeiterin der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz)

Zu Beginn, könnt ihr das neue Projekt kurz vorstellen? Wo liegen die Arbeitsschwerpunkte und für wen ist es ansprechbar?

„Spotlight – Antifeminismus erkennen und begegnen“ ist ein Projekt der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. und ist im Januar dieses Jahres gestartet. Es wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus NRW gefördert. Angelehnt an den Projekttitle verfolgt Spotlight das

Ziel, die Gefahren und antidemokratischen Tendenzen von Antifeminismus zu beleuchten und ihnen entgegenzuwirken.

Um Antifeminismus wirksam begegnen zu können, ist es wichtig, antifeministische Strukturen, AkteurInnen und Argumentationsweisen erkennen und einordnen zu können.¹ Das Projekt bietet daher durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit Informationen und Wissen rund um das Thema und möchte Multiplikator*innen wie beispielsweise Beratungsstellen und Ansprechpersonen zu feministischen Anliegen wie Gleichstellung, Selbstbestimmungsrecht, sexueller sowie geschlechtlicher Vielfalt für antifeministische Strukturen sensibilisieren und in der Auseinandersetzung qualifizieren.

¹ Der Leitfaden der Stadt Köln für eine wertschätzende Kommunikation sieht eine geschlechterumfassende Sprache bzw. Genderstern vor – wie es in diesem Newsletter

auch praktiziert wird. Da AntifeministInnen geschlechtliche Vielfalt ablehnen und ein binäres Geschlechterbild vertreten, werden diese mit dem Binnen-I gegendert.



Wie lässt sich Antifeminismus in wenigen Sätzen beschreiben?

Kurz gesagt kann Antifeminismus als eine Gegenbewegung zu emanzipatorischen Gesellschaftsveränderungen gesehen werden. Antifeminismus richtet sich aktiv gegen Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Antifeministische Gedanken beruhen zudem auf einem (hetero)sexistischen und auf Zweigeschlechtlichkeit aufbauenden Geschlechterbild, in der Regel begleitet von einem antimodernen Weltbild und einem starken Rückbezug auf traditionelle Vorstellungen von Familie.

Sexismus ist also Grundlage von Antifeminismus?

Antifeminismus als Ideologie wird getragen von der Vorstellung einer natürlichen biologischen Ordnung der Geschlechterverhältnisse. Von diesem Glauben ausgehend, lassen sich Elemente wie eine ausgeprägte (hetero)sexistische Überzeugung, ein starker Rückbezug auf traditionelle Familienvorstellungen, die Gegenüberstellung von Natur und Selbstbestimmung sowie die Ablehnung von Gender in der Betrachtung als sozial konstruiertem statt biologischem Geschlecht, fassen. Jedes dieser Elemente lässt sich weiter ausdifferenzieren und bildet Verästelungen mit den jeweils anderen.

Auf der Handlungsebene betrachtet ist Sexismus als Diskriminierung, Abwertung und Benachteiligung von Personen aufgrund ihres (zugeschriebenen) Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung zu verstehen, es handelt sich um eine Diskriminierungsform bzw. Diskriminierungspraxis. Antifeminismus hingegen kann als eine Weltanschauung, als Ideologie verstanden werden, die sich gegen Strukturen und strukturelle Veränderungen sowie gegen Personen, die

stellvertretend für diese Strukturen stehen, wendet.

Kurz gesagt: Nicht jede sexistische Verhaltensweise ist zwangsläufig eine antifeministische!

Wie zeigt sich Antifeminismus? Und gegen wen richten sich antifeministische Bestrebungen?

Antifeministische Angriffe können von Netzwerken, Gruppierungen, Parteien oder Einzelpersonen ausgehen mit dem Ziel, feministischen Anliegen zu schaden. Auch die Methoden sind vielfältig – von parlamentarischen Bestrebungen über digitale Shitstorms gegen feministische Politiker*innen und Aktivist*innen bis hin zu Protestmärschen gegen Schwangerschaftsabbrüche.

Antifeminismus als Ideologie richtet sich gegen gesellschaftliche Veränderungen und damit gegen Strukturen und Personen, die stellvertretend für diese Strukturen stehen wie beispielsweise Gleichstellungsbeauftragte, Gender-Institute und -Lehrstühle, Beratungsstellen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, Politiker*innen oder auch Einzelpersonen, die feministisch aktiv sind. Während Anfang des 20. Jahrhunderts Frauen beispielsweise für ihr Wahlrecht kämpften, waren es überzeugte AntifeministInnen wie der „Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“, die gegen jene Errungenschaft vehement einstanden. Im Laufe der Zeit ist das Thema Frauenwahlrecht in den Hintergrund gerückt. Klassische antifeministische Behauptungen wie Feminismus mache Frauen ehe- und kinderlos sind dabei nach wie vor im antifeministischen Repertoire enthalten. Sie werden als Reaktion auf aktuelle feministische Politiken und Forderungen durch Anti-Gender-Mobilisierungen ergänzt.

Weshalb ist eine Auseinandersetzung mit dem Thema Antifeminismus wichtig?

Antifeminismus ist – obwohl so alt wie der Feminismus selbst – ein noch relativ wenig bekanntes und leider oftmals verharmlostes Phänomen. Rechte Attentate wie in Halle im Oktober 2019 eröffneten kurzzeitig im medialen und auch gesellschaftlichen Diskurs einen Blick auf die Gefährlichkeit von Antifeminismus, da der Täter diesen explizit adressierte. Die Verschränkung von Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus in der Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“ war Leitmotiv des Täters. Antifeminismus ist tief in extrem rechter Ideologie verankert, doch nicht nur dort. Ähnlich wie bei den Themen Rassismus und Antisemitismus sind es gesellschaftliche Einstellungsmuster, die einen Nährboden für extreme Positionen bis hin

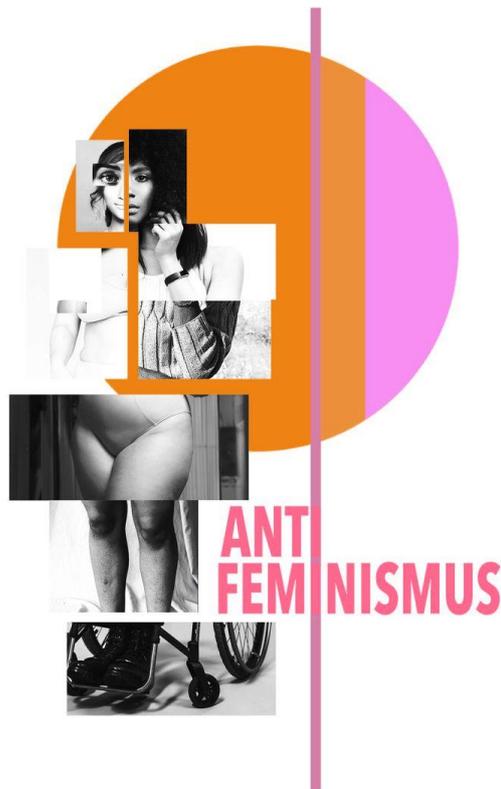
zu tödlicher Gewalt bilden. Die Leipziger Autoritarismus-Studie erhob im Jahr 2020 erstmalig antifeministische Einstellungsmuster in der Bevölkerung. Rund ein Fünftel der Befragten zeigten sich demnach als überzeugt antifeministisch. Über ein Drittel der Befragten stimmten mindestens einer antifeministischen Aussage zu. Das verdeutlicht zum einen den dringenden Nachholbedarf in der Auseinandersetzung mit Antifeminismus. Zum anderen zeigt es, wie tief antifeministische Einstellungen in unserer Gesellschaft verankert und eben nicht nur am rechten Rand zu finden sind.

Wo ist Antifeminismus denn noch zu finden?

Antifeministische AkteurInnen haben das übergeordnete und gemeinsame Ziel, feministische Errungenschaften zurückzudrängen oder zukünftige zu verhindern. Dabei bespielen verschiedene Gruppen und Organisationen unterschiedliche Bereiche. Um ein paar Akteursgruppen schlaglichtartig zu beleuchten: Neben einem facettenreichen Antifeminismus von rechts sind es auch christlich fundamentalistische AkteurInnen, häufig in Überschneidungen mit einer selbsternannten „Lebensschutzbewegung“ oder auch Angriffe auf Gender Studies und Forschung in diesem Feld von sogenannten „Wissenschaftlichkeitswächtern“. Figuren wie Birgit Kelle oder auch Eva Hermann verbreiten ihre antifeministischen und zumindest für letztgenannte auch verschwörungsgläubigen Gedanken auf publizistischer Ebene. Der Männerrechtler- oder Maskulistszene zuzuordnende Personen geben Feminismus die Schuld an einer vermeintlichen Benachteiligung von Jungen, Männern und Vätern.

Wo liegen eurer Meinung nach die Gefahren, die von Antifeminismus ausgehen?

Am deutlichsten zeigen sich die Gefahren von Antifeminismus in rechten Gewalttaten wie oben bereits angesprochen. Sowohl für den Attentäter von Halle als auch bei den rechten Terrorakten in Christchurch oder Oslo und Utøya wurde Antifeminismus neben Rassismus und Antisemitismus als (Mit-)Motiv des Täters deutlich. In den letzten Jahren kam es jedoch wiederholt auch zu Anschlägen (Isla Vista, Kalifornien 2014) und extremen physischen Bedrohungslagen, die eine antifeministische Einstellung als vordergründiges Tatmotiv erscheinen ließen. Antifeministische Gewalt kann im Extremfall Menschenleben kosten und stellt damit eine ganz konkrete physische Gefahr für die Betroffenen dar. Auch die Androhung von Straftaten gegenüber feministischen Akteur*innen, Wissenschaftler*innen oder Politiker*innen, kurzum: von Menschen, die



für Feminismus eintreten, ist eine enorme psychische Belastung. Noch häufiger als ohnehin schon bei Hass im Netz werden Bedrohungen auf sexualisierte Weise geäußert und im Zusammenspiel mit weiteren Diskriminierungserfahrungen verstärkt. Doch auch offline sind sogenannte „Gehsteigberatungen“ vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen oder Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, problematisch und behindern die körperliche Selbstbestimmung (und ggf. die psychische Gesundheit) Schwangerer.

Ein besonderes Merkmal und zugleich eine Gefahr von Antifeminismus ist seine breite Anschlussfähigkeit und seine Scharnierfunktion zwischen extrem rechten über konservative Kräfte bis hin zu einer sogenannten „bürgerlichen Mitte“. Antifeminismus bildet ein Dach, unter dem verschiedene AkteurInnen zusammenkommen und Einigkeit demonstrieren. Durch Behauptungen eines allmächtigen und übertriebenen Feminismus wenden sich AntifeministInnen gegen Emanzipationsbestrebungen, gegen die freie Entfaltung der Einzelnen und gegen die demokratische Teilhabe aller. Meist gehen antifeministische Weltbilder mit anderen menschenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen einher und diese bekräftigen sich gegenseitig.

Wie können effektive Handlungsstrategien gegen Antifeminismus aussehen?

Zunächst muss es darum gehen, Antifeminismus sichtbar zu machen und ihn als solchen zu erkennen. Viele feministisch Aktive nehmen Gegenwind als Teil ihrer Jobbeschreibung wahr und gezielte Angriffe von organisierten antifeministischen Strukturen werden häufig nicht als solche eingeschätzt und angeprangert. Daher ist die Vermittlung von Wissen über Argumentationsweisen, Strukturen und Akteursgruppen ein wichtiger Schritt. Jüngst ist dem Landtag NRW beispielsweise ein Fauxpas unterlaufen, der es einer extrem rechten Influencerin ermöglichte, zum 8. März auf ihre rassistische Fraueninitiative hinzuweisen. Hier wird nicht nur die Unterschätzung rechter Frauen deutlich. Die Verantwortlichen sind zudem der Täuschung der Rechten auf den Leim gegangen, ihre antifeministische Ideologie hinter einem vermeintlichen Kampf um Frauenrechte zu verschleiern. Dies zeigt, wie wichtig die Aufklärung zu antifeministischen Strategien und AkteurInnen ist.

Antifeminismus sollte als Ideologie wahr-, vor allem jedoch ernst genommen werden. Es muss deutlich gemacht werden, dass Antifeminismus nicht zu einer demokratischen Gesellschaft passt und demokratische Grundwerte wie Teilhabe und freie Entfaltung gefährdet. Eine präventive Auseinandersetzung mit antifeministischen Strukturen und auch möglichen Angriffen

kann hilfreich für feministisch Aktive sein. So ist die Vernetzung mit anderen feministischen Akteur*innen und Organisationen wichtig, um im Ernstfall schnelle Unterstützung zu finden. Sich mit Gegenargumenten gegen gängige antifeministische Behauptungen auseinanderzusetzen, kann bei Anfeindungen schnelle Entgegnungen ermöglichen. In Gesprächen sind es nicht immer perfekt vorgetragene Argumente, die überzeugen, sondern vielmehr eine klare Haltung.

Ist noch etwas offen geblieben?

Eine Antwort auf die Frage „was tun gegen Antifeminismus?“ ist häufig: mehr Feminismus. Bestehende feministische Strukturen sowie neu entstehende sollten gestärkt werden, so dass sie ihren Weg trotz Gegenwind fortsetzen können. Neben dem Weg nach vorne ist jedoch auch die Absicherung, der Blick nach allen Seiten, wichtig und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Themen wie Sexismus, Gleichberechtigung, Feindlichkeit gegenüber Personen, die sich nicht in ein binäres Geschlechterdenken einordnen lassen, kann antifeministischen Strukturen den Nährboden entziehen.

Weitere Infos zum Thema Antifeminismus auf der Pageflowseite unter:

www.antifeminismus-story.de

Weitere Infos zu dem Projekt Spotlight unter:

<https://www.wuppertaler-initiative.de/spotlight>

FRAG MAL!

Kartensets für die Bildungsmaterialien



„Avin“ teilt mit: „Wer bestimmt, wie wir uns verhalten? Welche politische Entscheidung könnte dein Leben verbessern? Und wer weiß eigentlich, was richtig ist?“

Mit je 36 ausgewählten Fragen schneiden die FRAG MAL!-Sets zentrale Aspekte einer Thematik an und eignen sich

als Auftakt eines Workshops oder für die vertiefende Arbeit zum Thema. Jugendliche ab 14 Jahren nähern sich so spielerisch Fragestellungen, Inhalten, Konfliktlinien und Diskussionen zu

verschiedenen Themenfeldern wie Politik, Gesellschaft, Geschlecht und treten in einen offenen Meinungsaustausch. Im Rahmen dessen steht immer auch die Reflexion der eigenen Position im Fokus:

Wie sieht mein Standpunkt aus? Und welche weiteren Perspektiven gibt es in unserer Gruppe? Die Kartensets eignen sich für gesprächsorientierte Bildungsformate und schaffen eine Atmosphäre, in der jede*r die Möglichkeit hat, sich einzubringen. Sie lassen Raum für offene Fragen und Ambivalenzen. Im digitalen Methodenheft finden sich 7 spannende Methoden zum Einsatz der Karten in Ihrer Bildungsarbeit.“

Zur Bestellung:

www.avin-formate.de/bildung

Aufklärung und Konsequenzen

Podcast zu Untersuchungsausschüssen im Kontext von Antisemitismus, Rassismus und Rechtsterrorismus



Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) teilt mit: „Anlässlich der Beweisaufnahme im Hanau-Untersuchungsausschuss, der geplanten

NSU-Untersuchungsausschüsse in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern und des im Mai möglicherweise bevorstehenden parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Rechtsterrorismus-Serie in Berlin-Neukölln möchten wir Euch auf die aktuelle Folge des Podcasts ‚Vor Ort‘ #25 mit folgendem Schwerpunkt hinweisen: ‚Aufklärung und Konsequenzen? Hanau, Berlin-Neukölln, NSU-Komplex und Halle: Parlamentarische Untersuchungsausschüsse im Kontext von Antisemitismus, Rassismus und Rechtsterrorismus‘.

‚Für uns Angehörige ist es sehr wichtig, dass die Aufklärung an oberster Stelle steht‘, sagt Said Etris Hashemi, Überlebender und Hinterbliebener des rassistischen Attentats am 19.2.2020 im Podcast über seine Erfahrungen als Zeuge im Hanau-Untersuchungsausschuss und kritisiert die mangelnde Aufmerksamkeit bei Abgeordneten während der Beweisaufnahme. Ferat Kocak, Überlebender der rechtsterroristischen Anschlagsserie in Berlin-Neukölln und MdB (Die Linke), betont: ‚So lange die Verstrickung von Polizisten bei Rechtsterrorismus in Berlin nicht aufgeklärt ist, sind wir in Gefahr. Daher haben

Untersuchungsausschüsse auch eine Schutzfunktion für die Betroffenen.‘ Caro Keller, Redakteurin beim Bündnis ‚NSU Watch – Aufklären und Einmischen‘, verweist anhand jahrelanger Erfahrung auf die Notwendigkeit zivilgesellschaftlicher Beobachtung und Intervention in die Arbeit von Untersuchungsausschüssen. Rechtsanwältin Antonia von der Behrens, Nebenklagevertreterin und Sachverständige, erläutert im Podcast, wie und dass Untersuchungsausschüsse nur dann Aufklärungserfolge erzielen, wenn Abgeordnete jenseits parteipolitischer Interessen und über Parteigrenzen hinweg Behördenfehler untersuchten - und mahnt dafür präzise Vorbereitung bei den Abgeordneten an.

Die Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş betont im Podcast, dass die 10 Jahre währende Straflosigkeit für den Mörder von Burak Bektaş im geplanten Untersuchungsausschuss zu den Beweisthemen gehören muss. Christina Feist, Überlebende des rechtsterroristischen, antisemitischen und rassistischen Attentats in Halle (Saale) an Yom Kippur 2019 kritisiert die Arbeit des Untersuchungsausschusses im Landtag von Sachsen-Anhalt als ergebnislos. Auch die ‚Initiative Amed Ahmad‘ befürchtet, dass der Untersuchungsausschuss im Landtag von NRW keine Konsequenzen haben wird.“

Der Podcast unter:

<https://verband-brg.de/folge-25-vor-ort-gegen-rassismus-antisemitismus-und-rechte-gewalt-die-podcastserie-von-nsu-watch-und-vbrg-e-v-2/>

„Extremisten und Delegitimierer verschleiern wahre Absichten“ Verfassungsschutzbericht NRW veröffentlicht.

Das Innenministerium NRW teilt mit: „Extremisten haben im vergangenen Jahr versucht, bei der gesellschaftlichen Mitte an Einfluss zu gewinnen – und zwar, indem sie ihre wahren Absichten verschleiern haben. ‚Rechtsextremisten tarnten sich als Hochwasserhelfer, Salafisten sammelten Spenden im Namen einer Hilfsorganisation, Linksextremisten versuchten, die Klimaschutzbewegung zu unterwandern. Das Ziel ist immer: bislang nicht extremistische Teile der Bevölkerung zu infiltrieren‘, sagte Innenminister Herbert Reul am Freitag bei der Vorstellung des

Verfassungsschutzberichts für 2021. ‚Dieser Deckmantel-Extremismus von allen Seiten bedroht die gesellschaftliche Mitte und ist eine Herausforderung für den Verfassungsschutz.‘

Vor allem die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen dominierten das vergangene Jahr. 2021 gab es rund 2.000 Versammlungen mit Corona-Bezug, an denen rund 150.000 Personen teilnahmen. Insbesondere als Ende November über die Impfpflicht debattiert wurde, zogen die Demos noch einmal stark an.

Reul: 'Je mehr Demos es gab, desto öfter versuchten Akteure der Querdenken-Bewegung, die gesellschaftliche Mitte für ihre extremistischen Weltbilder zu gewinnen. Und tatsächlich dockten Teile der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierer immer wieder an eine verunsicherte Mitte an.' Zum einen in Form von Verschwörungsmythen, Desinformation und indem rechtsstaatliche und demokratische Prozesse grundlegend in Frage gestellt wurden. Zum anderen, indem auch ganz konkret zu Straftaten aufgerufen oder Gewalt als legitim dargestellt wurde, um eine zutiefst systemfeindliche Agenda durchzusetzen.

Schon im vergangenen Jahr hatte der Verfassungsschutz die Delegitimierer in einem Sonderbericht analysiert. Die diesjährige 91-seitige Fortschreibung untersucht die Weiterentwicklung der Szene. 'Wir haben immer gesagt, dass sich die Szene ein neues Vehikel suchen wird. Das können die aktuell hohen Spritpreise sein oder die bevorstehende Landtagswahl. Außerdem beobachten wir, dass die Delegitimierer-Szene in großen Teilen eine pro-russische Haltung im Ukraine-Krieg einnimmt, und das teilweise mit Verschwörungsmythen verschwurbelt', so Reul. [...] Vor allem in der Querdenker-Szene versuchten Rechtsextremisten, bei der gesellschaftlichen Mitte anzudocken. Reul: 'Immer wieder habe ich aufgerufen, sich von diesen rechten Rattenfängern zu distanzieren, zu selten ist das geschehen. Für mich ist es zutiefst erschreckend, dass diese Strategie offenbar auf fruchtbaren Boden stößt.' Um rechtsextremistische Attentäter noch schneller zu identifizieren, wird es im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz künftig einen eigenen Bereich geben, der sich mit operativen Einzelfällen mit Bezug zum Rechtsextremismus und zum Rechtsterrorismus befasst. 'Wir verstärken neben der Beobachtung der Szene insbesondere die Beobachtung von einzelnen Extremisten, von denen eine Gefahr ausgeht. Unsere Verfassungsschützer gehen dabei auf gezielte Spurensuche in den sozialen Netzwerken und suchen dort nach konkreten Hinweisen auf verfassungsfeindliches Verhalten. So wollen wir noch schneller und effektiver aufdecken, wenn sich Personen zu Gewalttaten konspirativ verabreden und terroristische Straftaten schon im Keim ersticken', sagte Reul. 'Um die Angriffe auf die Demokratie abzuwehren,

müssen wir den Verfassungsschutz organisatorisch, personell, technisch und rechtlich weiterentwickeln. Nordrhein-Westfalen hat hier bereits erste Schritte mit der geplanten Neuorganisation bei der Bekämpfung des Rechtsterrorismus eingeleitet.'

2021 gab es in Nordrhein-Westfalen 3.875 Rechtsextremisten (2020: 3.940), ein Rückgang von 1,6 Prozent. Die Zahl gewaltorientierter Rechtsextremisten liegt unverändert bei 2.000 Personen (2020: 2.000). Die Politisch motivierte Kriminalität im Bereich rechts ist von 3.389 Straftaten im Jahr 2020 auf 3.135 Straftaten im Jahr 2021 gesunken, ein Minus von 7,5 Prozent. Die verübten Gewaltdelikte sanken von 146 Straftaten im Jahr 2020 auf 121 Straftaten im Jahr 2021, ein Minus von 17,1 Prozent. [...]

Insgesamt gab es 2021 in Nordrhein-Westfalen 6.399 Politisch motivierte Straftaten (2020: 6.543), ein Rückgang von 2,2 Prozent. Die Aufklärungsquote hat sich auf 36,3 Prozent verbessert (2020: 35,0%).

Als besonders besorgniserregend bezeichnete Innenminister Reul den Zuwachs bei den antisemitischen Straftaten: Diese stiegen von 284 Straftaten im Jahr 2020 auf 437 in 2021, ein Plus von 53,9 Prozent. Allein im Zusammenhang mit den Protesten anlässlich des Nahostkonflikts im Frühsommer registrierten die Sicherheitsbehörden 150 antisemitische Straftaten. 'Diese wurden von Extremisten aus allen Phänomenbereichen – von Rechts-, von Linksextremisten, von Islamisten und von staatlichen Delegitimierern – verübt.'

Im Phänomenbereich 'Nicht zuzuordnen' gab es bei den Gewaltdelikten ebenfalls und abermals einen erneuten Anstieg; hierunter fallen unter anderem die Delegitimierer. 2020 zählten die Polizeibehörden 31 Gewaltdelikte, im letzten Jahr waren es mit 69 Gewaltdelikten mehr als doppelt so viele. 'Wer behauptet, bei den Anti-Corona-Protesten handelt es sich nur um harmlose Impfgegner oder Esoteriker, den belehren die Zahlen eines Besseren', so Reul.

Pressemitteilung in voller Länge, Handout, Fortschreibung des Sonderberichts sowie Verfassungsschutzbericht unter:

<https://www.im.nrw/themen/verfassungsschutz>

Buchrezension „Die Neue Rechte und die rote Linie“

Neue Rechte im Visier

„In Deutschland hat sich eine ‚Neue Rechte‘ etabliert“ (7). Dies ist der Ausgangspunkt der aktuellen Veröffentlichung von Klaus-Peter Hufer und Laura Schudoma, die beide in der Hochschullehre mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung tätig sind, wobei vor allem Hufer als Fachmann einer politischen Pädagogik gegen rechts ausgewiesen ist (siehe sein „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ von 2000, das mittlerweile in 10. Auflage vorliegt). Mit der genannten Feststellung bewegt sich die Veröffentlichung natürlich im Mainstream einer Sozialwissenschaft, die den Rechtstrend kritisch begleitet. Und so wollen die beiden Autoren auch nicht, wie sie eingangs vermerken, das wiederholen, was an anderer Stelle bereits gründlich aufgearbeitet wurde, sondern verweisen auf die zahlreich vorliegenden Analysen – von ‚Klassikern‘ wie Christoph Butterwegges Diagnose einer „zerrissenen Republik“ oder Wilhelm Heitmeyers Bestandsaufnahme der „deutschen Zustände“ bis hin zur aktuellen Befassung mit der Allianz von „Rebellen“ und „Patrioten“ in der Corona-Protestszene.

Zu letzterer hat Andreas Steinert in dem Band einen Exkurs über rechte Strömungen der Esoterik-Szene beige-steuert. Er geht hier auf verschiedene Traditionslinien in theosophischer oder lebensreformerischer Hinsicht ein – also auf eine Gefahr, die die Ex-Grüne Jutta Ditfurth mit ihrer These eines (potenziellen) Öko-Faschismus seit den 1990er Jahren herausgestellt hat. Auffällig ist, dass Hufer/Schudoma keinen Hinweis auf das im Vorjahr erschienene voluminöse „Schwarzbuch Neue/Alte Rechte“ von Christian Niemeyer bringen, mit dem Beltz-Juventa die – bislang nicht fortgeführte – Reihe „Bildung nach Auschwitz“ startete (siehe die Vorstellung im ibs-Newsletter, 10/21). Dieses Buch zeichnete sich ja auch – abgesehen von seiner kuriosen Schreibweise – dadurch aus, dass im Gegensatz zum Reihentitel Bildung eigentlich die große Leerstelle in den mit vielen Details angeereicherten Ausführungen war.

Fragen der politischen Bildung sind bei Hufer/Schudoma in den Schlusskapiteln 6 und 7 Thema. Diese schließen an die im ersten Kapitel exponierte These an, dass der Rechtstrend eine rote Linie überschritten, sich nämlich vom Rand bis in die Mitte der Gesellschaft vorgeschoben habe. Das zweite Kapitel geht auf die zu Grunde liegenden Megatrends ein, die Verschärfung des gesellschaftlichen Konkurrenzprinzips sowie die

Globalisierung der Gewinnmaximierung; das dritte präzisiert dies im Blick auf die Prozesse der Entsolidarisierung. Kapitel 4 greift dann das Programm einer „Kulturrevolution von rechts“ auf und Kapitel 5 die rechten Themen, d.h. Geschichtspolitik, Feindbild Islam und Migration sowie die erwähnte Esoterik-Problematik.

Die letztgenannten Kapitel bringen so das auf den Punkt, was auch in der bald zehnjährigen Karriere der AfD bei der parlamentarischen Etablierung des Rechtspopulismus zu beobachten ist: Das rechte Lager hat von Hause aus keine Themen, sondern muss sie immer wieder suchen. Der Aufschwung mit dem Euro- bzw. dem Flüchtlingsthema hat sich verbraucht (Letzteres ist seit dem Ukraine-Krieg ja eher national konnotiert); Klima oder Corona sind kein Ersatz; Putin-Freundschaft ist out etc. Treffend ist hier die Feststellung von der „Kulturrevolution“. Was von rechts verlangt wird, ist eine Schärfung des Nationalbewusstseins, also im Grunde ‚bloß‘ ein kultureller Wandel, der keine großen Sachalternativen der Politik aufmacht. Das bestätigt ja auch die Nennung der Geschichtspolitik als erstes Thema der rechten Agenda: Was die Neue Rechte beschäftigt, hat gar nichts mit der Lebensrealität der Massen im demokratischen Kapitalismus zu tun, sondern bewegt sich eher auf einer ideellen Ebene.

Fraglich ist bei der Feststellung der (zudem längst überschrittenen!) roten Linie ein anderer Punkt. Die beiden Autoren sehen als Hauptgegner von extremistischen wie populistischen Kräften das „Modell der liberalen Demokratie“ (15), wie ja auch der Faschismus traditioneller Weise aufs Feindbild Liberalismus fixiert sei. Diese Fixierung nimmt allerdings etwas Spezielles ins Visier, was rechte Theoretiker oder Aktivisten heute als „Kulturmarxismus“ bezeichnen; „liberal“ steht für sie, wie im US-Sprachgebrauch, für „links“. Mit dem herrschenden politökonomischen Liberalismus der Globalisierung und Entsolidarisierung kann sich der rechte „Standortnationalismus“ (Butterwegge) dagegen bestens arrangieren, ja ist in gewisser Weise deren Produkt. (Johannes Schillo)

Klaus-Peter Hufer, Laura Schudoma: Die Neue Rechte und die rote Linie

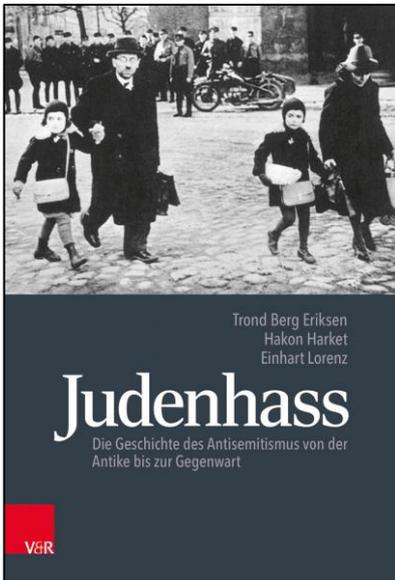
Beltz-Juventa, Weinheim und Basel 2022

151 Seiten, 19,95 Euro

ISBN:978-3-7799-6407-0

Neu in der Bibliothek

Judenhass



Opulent kommt es daher – das insgesamt 687 Seiten umfassende Überblickswerk „Judenhass“ zur „Geschichte des Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart“. Verfasst wurde es vom norwegischen Historiker-Trio Trond Berg Eriksen, Håkon Harket und Einhart Lorenz.

Wenngleich im Feld historischer Abhandlungen zur

Geschichte des Antisemitismus durchaus einige Konkurrenz existiert (vgl. z. B. Robert Wistrichs „A Lethal Obsession“ aus dem Jahr 2010 oder das erst kürzlich erschienene, auf Deutschland fokussierende Buch von Peter Longrich „Antisemitismus: Eine deutsche Geschichte“), ist diese Publikation keineswegs etwa überflüssig. Ganz im Gegenteil: Sie beinhaltet eine informierte, weitgehend chronologische Abhandlung über die Genese, die Entwicklungsprozesse und die Transformationen verschiedener antisemitischer Konzeptualisierungen sowie damit verbundener, bedeutsamer historischer Ereignisse. Trotz detaillierter und faktenreicher Darstellungen ist sie dabei sehr gut lesbar.

In 32 Unterkapiteln spannen Eriksen, Harket und Lorenz den Bogen von der Zeit des Römischen Reichs über die der Kreuzzüge und des Mittelalters, thematisieren „[d]ie Schattenseiten von Aufklärung und Romantik“ und gehen auf Frankreich, die Zeit der Herrschaft Napoleons, auf Entwicklungen in Russland und im deut-

schen Kaiserreich, die NS-Zeit sowie auf „Antisemitismus und Antizionismus in Osteuropa nach 1945“ ein. Ihr Buch abschließend widmen sie das letzte Unterkapitel dem sogenannten „neuen Antisemitismus“, wobei die auf die Geschichte der letzten Jahrzehnte fokussierenden sowie die damit verbundenen, gegenwartsorientierten Darstellungen in der Summe und im Vergleich zu den oft sehr ausführlichen Abhandlungen zu anderen historischen Phasen leider stark verkürzt sind.

Die jeweils einzelnen Verfassern zuzuordnenen Kapitel weisen einen stark deskriptiven Darstellungscharakter auf – und auf den ersten Blick irritiert es, dass manches doch etwas oberflächlich und unter Heranziehung nur weniger einschlägiger Quellen diskutiert wird, was wiederum wohl dem sehr umfassenden Gegenstandsbereich geschuldet ist, dem sich die Autoren widmen. Jedoch kann man es den Autoren auch zugutehalten, dass sie ihre Texte nicht durch eine Vielzahl an Quellen und damit verbundenen Fußnoten überladen und so eine bessere Lesbarkeit ermöglichen.

Auffällig ist im Werk, dass ein oft unscharf wirkender Antisemitismus-Begriff Verwendung fand – manchmal ist so von Vorurteilen die Rede (vgl. S. 112), manchmal von etwas, „was die überall verbreitete Fremdenangst übersteigt“ (S. 118). Wer hierüber hinwegsehen kann und an einer kompakten sowie detaillierten Abhandlung über die Geschichte des Antisemitismus interessiert ist, der*dem sei das hier besprochene Buch sehr empfohlen. (Stefan Hößl)

Trond Berg Eriksen, Håkon Harket, Einhart Lorenz: Judenhass. Die Geschichte des Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2019
687 Seiten, 50 Euro
ISBN: 978-3-525-36743-8

Rock-O-Rama



Der Verlag Hirnkost teilt mit: „Punkbands mit provokanten Namen wie ‚Böhse Onkelz‘, ‚Cotzbrocken‘, ‚Oberste Heeresleitung‘ oder ‚Stosstrupp‘ sorgten bereits in der Frühphase der wohl kontroversesten deutschen Schallplattenfirma medial für reichlich Zündstoff:

Tonträger wurden indiziert, zensiert oder staatsanwaltschaftlich beschlagnahmt. Wenige Jahre später hatte sich das Kultlabel der Punks in einen weltweit agierenden Rechtsrock-Vertrieb verwandelt, der sich ab Mitte der 1980er-Jahre konstant im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes befand.

Eine Unmenge obskurer Anekdoten und haarsträubender Storys ranken sich um den konsequent medienscheuen Firmenchef Herbert E., wie die über ‚abgeschnittene Ohren‘ und die Unterwanderung der Punk-Szene durch die NPD.

Björn Fischer erzählt in ‚Rock-O-Rama – Als die Deutschen kamen‘, was hinter den Kulissen des Plattenlabels geschah. Der Autor ist Punk, Schlagzeuger und Musikjournalist. In seinem Buch bringt er Licht ins Dunkel der Legenden und Mythen rund um den Rechtsrock-Nukleus in Europa.“

Björn Fischer: Rock-O-Rama. Als die Deutschen kamen

Hirnkost-Verlag, Berlin 2022

448 Seiten, 32 Euro

ISBN: 978-3-949452-00-0

Nationaler Aufreger

Der Verlag Klemm+Oelschläger teilt mit: „Die Vergangenheitsbewältigung in Sachen NS-Zeit war im westdeutschen Nachkriegsstaat ein Streitpunkt der Parteien und eine Herausforderung für Volk wie Führung. Seit der Wiedervereinigung wurde dann in Deutschland eine breit gefächerte, ‚antitotalitär‘ angelegte Erinnerungskultur installiert, die als Ausweis einer mustergültig geläuterten Nation gilt. Die Wahrheit ist das nicht. Das zeigt allein schon der ständige Einspruch, der aus dem rechten Lager gegen diese

Art von feierlich vollzogener Absage an Faschismus und Rassismus kommt. Das Buch liefert eine Kritik der offiziellen bundesdeutschen Geschichtspolitik wie des alternativen Nationalismus, der ein Ende des ‚Schuld Kults‘ fordert.“

Johannes Schillo: Ein nationaler Aufreger. Zur Kritik der Erinnerungskultur

Klemm+Oelschläger, Ulm 2022

Edition Endzeit, Bd. 2

111 Seiten, 14,80 Euro

ISBN 978-3-86281-173-1

Rassistische, antisemitische und extrem rechte Vorkommnisse in Köln und im Kölner Umland

Corona-Demonstration erneut von Neonazis angeführt

Die – nicht nur ideologische – Nähe von Bianca Paffenholz' Gruppe „Köln ist aktiv“ zur extremen Rechten wurde in der Vergangenheit wiederholt dokumentiert. Am Samstag, den 26. März 2022, wurde die von „Köln ist aktiv“ organisierte „Corona-Demonstration“ von Thomas Breuer angeführt. Das heißt, er ging mit zwei weiteren Männern direkt vor Paffenholz und dem Lautsprecherwagen und bildete somit die Demospitze. Thomas Breuer ist ein bekannter Neonazi, der beispielsweise in der Gruppe „Köln für deutschen Sozialismus“ agierte. Sein verstorbener Bruder Paul Breuer war jahrelang einer der führenden Köpfe der neonazistischen „Kameradschaft Köln“. Einer der beiden erwähnten Begleiter Breuers war am Montag, den 28. März,

an einem körperlichen Übergriff auf Gegendemonstrant*innen beteiligt.

Am Montag, den 4. April, führten neben Paffenholz Thomas Breuer und Jan Fartas den Demonstrationzug an. Der vorbestrafte Neonazi Fartas ist seit vielen Jahren in der extrem rechten Szene bekannt und Gründer der bereits benannten Gruppe „Köln für deutschen Sozialismus“.

Videos, die von Breuer gemacht wurden, tauchten noch am selben Abend im Telegram-Kanal von „Die Rechte Rhein Erft“ auf – bevor sie am Morgen darauf von Bianca Paffenholz im Telegram-Kanal „Köln ist Aktiv“ geteilt wurden. (dp)

Pro-russische Proteste auch im Regierungsbezirk Köln

Am 27. März 2022 wurde sowohl die Polizei als auch die Zivilgesellschaft in Köln und Bonn von einem vordergründig spontan angemeldeten pro-russischen Autokorso überrascht. 300-400 Autos fuhren am Sonntagmittag von Köln zu einem sowjetischen Ehrenmal auf dem Neuen Friedhof in Bonn-Duisdorf. Wie der Polizeimeldung zu entnehmen ist, wurden die Teilnehmenden auf den Parkplatz eines Baumarktes in Bonn-Duisdorf geleitet. Von hier aus zogen um die 500 Teilnehmenden zu dem Friedhof, wo Blumen niedergelegt wurden. Der Zug wurde von vielen russischen Fahnen begleitet. Parallel trafen sich um die 60 Teilnehmende am russischen Generalkonsulat. Auch hier wurden russische Fahnen geschwenkt.

Allerdings wurden auf der als „Friedensdemo“ deklarierten Veranstaltung auch militärische und nationalistische Symbole gezeigt, etwa die russische Seekriegsflagge, das „Georgsband“ und das „Z“-Symbol. Letzteres symbolisiert die Unterstützung des russischen Angriffskrieges und wurde an mindestens zwei Autos festgestellt. Da wundert es kaum, dass laut „General-Anzeiger Bonn“ am Rande des Korsos ukrainische Geflüchtete beschimpft wurden.

Mitglieder der rechten, nationalistischen, orthodoxen und Putin-treuen Rocker-Gruppierung „Nachtwölfe“ waren ebenfalls anwesend. Schon

zwei Wochen vorher standen zehn „Nachtwölfe“ eine Stunde vor dem russischen Konsulat in Bonn. „Focus Online“ vermutet dahinter ein symbolisches „Wache stehen“, nachdem zuvor ein Drohbrief im Konsulat einging. Bei den „Nachtwölfen“ handelt es sich um einen etwa 5.000 Mann (andere Geschlechter sind nicht zugelassen) starken, ultranationalistischen, antisemitischen, queerfeindlichen und christlich-orthodox orientierten Motorradclub unter Leitung von Alexander Saldostanow. Saldostanow bezeichnete die Demokratie in der Vergangenheit als „teuflich“, den Westen als „Satan“ und Stalin als Idol. Er wurde von Putin persönlich ausgezeichnet, da die „Nachtwölfe“ schon seit Jahren in der Ukraine und auf der Krim aufseiten Russlands aktiv in den Konflikt einwirken. So zeigte sich Putin in der Vergangenheit gerne gemeinsam mit den „Nachtwölfen“ in der Öffentlichkeit.

Unklar ist, wer hinter der offensichtlich gut organisierten Aktion steckt: Es wurde im Vorfeld ohne Anmeldung über Facebook mobilisiert und die Autos kamen aus ganz Deutschland, wie der Bonner „General-Anzeiger“ berichtete. Es waren mehrere unabhängige Kolonnen unterwegs – am Startpunkt in Köln war der Corso noch etwa 100 Autos stark, in Bonn waren es dann schon um die 400 Autos. Der Aufzug wurde im russischen Staatsfernsehen übertragen und inner-

halb von 14 Tagen fast identisch in vielen verschiedenen Ländern organisiert. Laut dem Bonner Konfliktforscher und Politikwissenschaftler Prof. Andreas Heinemann-Grüder fanden ähnliche Korsos in Israel, Zypern, Libanon, Armenien, Serbien, Montenegro und in mehreren russischen Städten statt. Auch in Deutschland wiederholte sich die Aktion, unter anderem in Berlin, Lübeck, dem Allgäu, Hannover, Stuttgart und anderen Städten Baden-Württembergs. Die Anmelder*innen vor Ort seien aber, so Heinemann-Grüder im WDR, „nur Durchführungsorgane“. Die orchestrierte, globale Planungspraxis für eine zentrale Organisation der pro-russischen Proteste in Moskau.

Für den 8. Mai, den Tag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands 1945, planen die lokalen Initiator*innen des Autokorsos in Köln-Bonn eine erneute Aktion. Laut „General-Anzeiger Bonn“ wollen die pro-russischen Demonstrierenden zu einer bei der Polizei angemeldeten Aktion an einen Kölner See mobilisieren und von dort aus ein sowjetisches Mahnmal auf dem Stadtgebiet von Köln ansteuern. Dort wollen sie vor allem den sowjetischen Opfern des zweiten Weltkrieges gedenken. Eine Instrumentalisierung des Themas für die aktuelle Kriegspolitik Putins bleibt zu befürchten. (dp)

Ende der Impfpflicht

Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht scheiterte, was in weiten Teilen der extremen Rechten mit Genugtuung und Schadenfreude begrüßen. Das Milieu der radikalen Maßnahmen- und Impfgegner*innen war besonders begeistert – allerdings begleitet von Sorgen und Warnungen. So hieß es in der Telegram-Gruppe „Oberberg bewegt“ am 9. April: „viele feiern gerade einen Sieg, der nichts als eine Verschiebung auf Eu Gebiet ist“ [sic]. Die gezogene Schlussfolgerung ist von Verschwörungserzählungen geprägt: „Der ganze EU scheiß muss weg es regieren uns ganz andere Leute nicht die Politiker es gibt hier kein Zusammenhalt unter dem Volk was ja auch das Ziel von den Eliten ist der Zug dürfte abgefahren sei ,wenn alle aufwachen ist es zu spät, Alles was die Politiker uns sagen immer am besten das Gegenteil glauben“ [sic].

Allgemein scheinen viele Akteur*innen der verschwörungsideologischen Szene nun von der Sorge geplagt zu werden, dass ihnen die Anhänger*innen verloren gehen. So wird beispielsweise ebenfalls in der Gruppe „Oberberg bewegt“ ein Beitrag von „Ken Jepsen“ geteilt, in dem es heißt: „Wer sich jetzt zurücklehnt und denkt, er sei in Sicherheit, der wird ein leichtes Opfer dieser skrupellosen Regierung werden. Raus auf die Straße! Dieses Regime gehört abgeschafft!“. Auch in Johanne Liesegangs Telegram-Gruppe „Widerstand Köln“ wird die Anhänger*innenschaft eingeschworen: man müsse weiterhin auf die Straße gehen. „[W]ir können

uns nicht zurücklehnen“, kommentiert beispielsweise ein Chatmitglied Anfang April 2022.

Bei den Strömungen der extremen Rechten, die von Anfang an ein tendenziell eher instrumentalisierendes Verhältnis zu den Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen hatten und die Themen abseits dessen besetzen, herrscht ein etwas anderes Bild. Zwar wird auch bei rechten Parteien gefordert, man müsse weiterhin „aufmerksam bleiben“, aber gleichzeitig wird versucht, sich das Scheitern der Impfpflicht als eigenen Erfolg zu verbuchen.

„Der monatelange Widerstand auf der Straße und in der parlamentarischen Opposition hat Früchte getragen“, schreibt die extrem rechte Frauenorganisation „Lukreta“ am 08. April. Auch „Revolte Rheinland“, die militanter auftretende Nachfolgeorganisation der sogenannten „Identitären Bewegung“, meldet sich Anfang April zu Wort. So postet sie ein Bild von verummumten Aktivist*innen, die ein Transparent halten mit der Aufschrift „Wir sind die rote Linie“ und „Wir haben schon viel geschafft und wir werden nicht nachlassen: eine Impfpflicht kommt nicht in Frage - für das ganze Volk!“. Aufgenommen wurde das Foto nicht von ungefähr vor der Nibelungenhalle in Königswinter. Fassade und Eingangstüre des 1913 zu Ehren Richard Wagners eröffneten Jugendstil-Kuppelbaus zieren eine Vielzahl von Runen und völkischen Symbolen, darunter stilisierte, gerundete Hakenkreuze. Diese sind auf dem Foto der „Revolte Rheinland“ gut zu erkennen. (dp)

Bildnachweise:

- S. 2: Jörn Neumann/NS-DOK (o.), Büke Schwarz (u.)
- S. 3: Screenshot (o.), NS-DOK (M.)
- S. 4: NS-DOK
- S. 5: Kölnisches Stadtmuseum (o.), Christine Bolz (M.), NS-DOK (u.)
- S. 6: Mathis Eckelmann
- S. 7-8: AVIN formate/Wuppertaler Initiative
- S. 9: AVIN formate
- S. 10: VBRG
- S. 13: Vandenhoeck & Ruprecht
- S. 14: Conny Agel/Hirnkost

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 27.04.2022

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.